

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., wozu die Postgebühren kommen. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanweisung ist zu richten an: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 100, Wilsdruff. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Postanweisung ist zu richten an: Wilsdruffer Wochenblatt, Postfach 100, Wilsdruff. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich das Verlagsamt das Recht vor, die Zeitung oder einen Teil davon zu verschieben oder die Ausgabe zu unterbrechen. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenreihen zu 20 Zeilen, die 6 Spaltenreihen zu 20 Zeilen, die 4 Spaltenreihen zu 20 Zeilen, die 2 Spaltenreihen zu 20 Zeilen, die 1 Spaltenreihen zu 20 Zeilen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblatt ist ein Mitglied der Reichs- und Provinzialzeitungsvereine. Die Wilsdruffer Tageblatt ist ein Mitglied der Reichs- und Provinzialzeitungsvereine. Die Wilsdruffer Tageblatt ist ein Mitglied der Reichs- und Provinzialzeitungsvereine.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 53 — 89. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 4. März 1930

Der Zankapfel.

Seit dem Donnerstag vergangener Woche erfährt die Öffentlichkeit über die Kabinettsverhandlungen in der Hauptsache nur die lakonische Mitteilung, daß die Besprechungen innerhalb der Regierung fortgesetzt werden, weil eine Einigung über die Deckung des Defizits noch nicht erreicht sei. Trotzdem weiß man natürlich, daß sich die Auseinandersetzungen im Kabinett hauptsächlich um die Vorschläge drehen, die für eine wenigstens vorläufige Sanierung der in einem fast hoffnungslosen Defizit stehenden Arbeitslosenversicherung gemacht werden, Vorschläge, denen von ihren Befürwortern die Bezeichnung „Notopfer“ gegeben worden ist.

Einig ist man sich in allen Parteilagern der Regierungskoalition über eines: einen sehr erheblichen Zuschuß muß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhalten, sonst ist sie sehr bald am Ende ihrer Kraft. Denn 2,5 Millionen Arbeitslose müssen „stumpfen“ gehen, erfordern an Unterstützungsgeldern Duzende von Millionen über die Einnahmen der Reichsanstalt hinaus. Ein Teil dieses Zuschusses sollte nun durch Flüssigmachung von 150 Millionen Reichsbahnobligationen bereitgestellt werden, die sich im Besitz des Reiches befinden. Natürlich kam ein Verkauf auf offenem Geldmarkt nicht in Frage, sondern nur eine Lombardierung, also als Sicherheit für ein entsprechend hohes Darlehen. Oder, wenn sie tatsächlich „verfüßbar“ werden würden, dann nur an solche Stellen, die damit nicht alsbald am Geldmarkt erscheinen würden. Dr. Moldenhauer versuchte es — aber nur mit einem verhältnismäßig geringen Erfolg — bei den anderen Institutionen unserer Sozialversicherung, nachdem der andere Versuch, dort eine Art „Notgemeinschaft“ der verschiedenen Zweige zwecks Sanierung der Reichsanstalt zu schaffen, sehr bald gescheitert war. Vielmehr legte hier die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie ein, das allgemeine Reichsdefizit dürfe nicht allein durch die Erhöhung der indirekten Steuern gedeckt werden, sondern auch mit Hilfe irgendwelcher Mehrbelastung durch direkte Abgaben. Nach einigem Zögern ließ sich auch das Zentrum für diesen Gedanken gewinnen, so daß eine Kabinettsmehrheit für dieses „Notopfer“ zustande kam. Von der Volkspartei ist es aber strikte abgelehnt worden und diese Ablehnung erfuhr durch entsprechende Beschlüsse des Reichsausschusses und dann der Reichstagsfraktion dieser Partei eine neue scharfe Unterbrechung.

Durch dieses „Notopfer“ sollen etwa 100 Millionen aufgebracht werden, da von den 250 Millionen Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung 150 Millionen irgendwie durch Verwertung der Reichsbahnobligationen abgedeckt werden. Der letzte Vorschlag stützt sich darauf zu, daß weder die Beamten allein noch überhaupt nur die Festbesoldeten dieses „Notopfer“ in Gestalt eines Zuschusses zur Einkommensteuer tragen sollen, sondern auf alle Einkommensteuerpflichtigen soll ein solcher Zuschlag gelegt werden, allerdings nur bis zu einer Grenze nach unten hin, über die eine Einigung bisher nicht erzielt ist. Vorgeschlagen ist z. B., alle Einkommen über 700 Mark monatlich zu treffen, andere schlagen vor, diese Grenze zusammenfallen zu lassen mit der für die Verpflichtung zur Zahlung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. An und für sich würde beides dasselbe sein, nur tritt in dem zweiten Vorschlag, der sich wohl gemerkt, nicht etwa nur auf die Festbesoldeten, sondern auf alle Einkommensteuerpflichtigen in entsprechender Höhe bezieht, der Gedanke des Eintretens für die Arbeitslosenversicherung theoretisch deutlicher hervor. Vorgeschlagen wird übrigens auch eine Steuerprogression, also eine Staffelung nach oben, obwohl hiergegen eingewendet wird, daß ja die Einkommensteuer an sich schon eine solche Progression aufweist.

Im übrigen geht eine von demokratischer Seite kommende Anregung dahin, dieses gesamte „Notopfer“ sozusagen zu einem Vorstoß der zu seiner Zahlung zu Verpflichtenden an das Reich zu machen. Der Einkommensteuerpflichtige nämlich, der jetzt dieses „Notopfer“ zu tragen habe, solle den gleichen Betrag auf das anrechnen dürfen, was er im Etatsjahr 1931/32 an Einkommensteuer würde bezahlen müssen. Ob ein derartiger Vorschlag, der einfach auf eine Vorwegentrichtung eines Teiles der im nächsten Jahre fälligen Einkommensteuer hinausläuft, auch die Zustimmung einerseits der Sozialdemokratie — die eine wirkliche Mehrbelastung, wenn auch nur eine einmalige, will —, andererseits der Deutschen Volkspartei, die eine solche Mehrbelastung ablehnt, nun auch tatsächlich erhalten wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen, denn die Demokratische Partei ist gleichfalls gegen eine tatsächliche Erhöhung der direkten Steuern.

Wenn innerhalb der Regierungskoalition und des Kabinetts die Deutsche Volkspartei gegen das „Notopfer“ ist, so ist der Grund hierfür die Forderung, daß die Arbeitslosenversicherung zum mindesten mit dem 100-Millionen-Defizit selbst fertig werden, also wirklich und endlich auf eigenen Füßen stehen müsse, was der Zweck des Gesetzes über diese Versicherung sei. Außerdem verhindere nach ihrer Ansicht diese fortschreitende Zuschußwirtschaft jede wirkliche Sanierung, jede durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung und damit auch die vielfach angelegte, nie durchgeführte, aber dringend notwendige Steuerentlastung. Entsprechende Beschlüsse — Ablehnung jeder Erhöhung der direkten Steuern, gesetzliche Festlegung

Noch immer keine Lösung der Krise

Aneinigheit bei Regierung und Parteien.

Schwierigkeiten für eine Verständigung.

Auch der Montag hat keine Lösung bei dem im Reiche jede geistliche politische Weiterarbeit nun schon seit Wochen verhinderten Krisenzustand gebracht. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers versammelte sich das Kabinett abermals, um über die Deckung zum Reichshandhabungsplan 1930 zu beraten. Es kam aber kein Beschluß zustande und die Verhandlungen über die Steuererhöhung und Steuerentlastungsmaßnahmen sollen Dienstag fortgesetzt werden. Reichsanwältminister Dr. Curtius war an der Teilnahme verhindert, da er durch seine Erkrankung noch mehrere Tage an das Zimmer gebunden ist. Neben den Vorschlägen des Reichsfinanzministers wurden namentlich auch die durch die Beschlüsse der Volkspartei und der Demokraten untriffligen Forderungen erörtert. Das Kabinett hat die feste Absicht, noch einmal alle Möglichkeiten zu einer Einigung zu versuchen. Ein großes Hindernis bietet dabei die Entscheidung der Deutschen Volkspartei, jedes Eingehen auf das vorgeschlagene Notopfer, selbst nach der Stellungnahme des Reichspräsidenten dafür, abzulehnen.

Die Demokraten neigten bei ihrer Erklärung vom Sonntag eher dazu, ein solches Notopfer zu akzeptieren, und zwar durch eine allgemeine Erfassung aller Leistungsfähigen, nicht allein der Festbesoldeten. Sie regten dabei an, eine Rückzahlung dieser einmaligen Leistung im Jahre 1931 in Betracht zu ziehen. Die Regierung will, wie gesagt, noch einmal versuchen, die ihn nabestehenden fünf Parteien auf ein gemeinsames Programm zu einigen, obwohl der Beschluß der Volkspartei im Augenblick fast ein unübersteigbares Hindernis aufzurichten scheint. Dabei drängt die Entscheidung über die Young-Pläne mehr und mehr. Ihrer Verabschiedung steht aber auch der Wille des Zentrums entgegen, vor der Verabschiedung eine feste Basis zu sichern für die Ordnung der Reichsfinanzen. Ferner ist die Frage immer noch nicht beantwortet, ob sich eine Mehrheit im Reichstage findet zur gleichzeitigen Annahme der Haager Abmachungen und der Liquidationsabkommen, besonders desjenigen mit Polen. Die Regierung hält bis jetzt eine Trennung dieser beiden Materien für unmöglich. Einstweilen bleibt somit alles noch in der Schwebe.

Die völksparteilichen Minister.

Nach dem das Notopfer ablehnenden Beschluß der Deutschen Volkspartei wird natürlich in erster Linie die Stellung der beiden völksparteilichen Minister im Kabinett, zunächst des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, dann aber auch des Reichsaussenministers Dr. Curtius äußerst fraglich. Von dem bevorstehenden Rücktritt Dr. Moldenhauers wird bereits offen gesprochen. Geringer ist die Meinung darüber, ob sein Fraktionsfreund Dr. Curtius gleichfalls keinen Boden mehr unter den Füßen füllt.

Ob eine neue Konstellation für eine Regierungsmehrheit dann gefunden werden könnte, und zwar unter dem Zeichen der sogenannten „Weimarer Koalition“ mit Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, unterstützt

von der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, steht noch dahin. Allerdings könnte eine solche Zusammenfassung auf eine, wenn auch nicht große Mehrheit im Reichstag rechnen, die aber einen schwanenartigen Charakter an sich tragen würde. Beim Versagen solcher Wahrscheinlichkeitsberechnungen wäre es keine Laienempfindung, wenn man ernsthaft entweder den Rücktritt des ganzen Kabinetts Müller oder den Entschluß zur Reichstagsauflösung mit nachfolgenden Neuwahlen ins Auge faßt.

Die Suche nach der „gemeinsamen Steuerplattform.“

In den Montagbesprechungen des Reichskabinetts und in Besprechungen der Regierungsparteien untereinander wurde auch sehr eingehend über den bekannten Vermittlungsvorschlag der Demokraten verhandelt. Die Deutsche Volkspartei beharrt jedoch nach wie vor auf ihrem Standpunkt und lehnt alle Pläne ab, die in ihrer Wirkung einer Erhöhung der direkten Steuern gleichkommen, also auch die zur Erörterung gebrachte Young-Anleihe.

Eine gemeinsame Steuerplattform, die nach Ansicht maßgebender Kreise nur durch unmittelbare Verständigung der Regierungsparteien gefunden werden kann, ist der einzige Weg zur Vermeidung einer Krise von unberechenbaren Ausmaßen.

In Zentrumskreisen hat der „Vorstoß“ der Deutschen Volkspartei offenbar Verstimmung hervorgerufen, die in einem Artikel des führenden Zentrumsorgans Germania deutlich zum Ausdruck kommt.

Unter der Überschrift „Krise oder nicht Krise“ wird u. a. gesagt, die Deutsche Volkspartei habe gerade in dem Augenblick ihre unbegreifliche Haltung eingenommen, in dem die Sozialdemokratie bereit sei und den Anlauf gemacht habe, steuerliche Maßnahmen mit den übrigen Parteien zu treffen, die höchst unpopulär seien. Wenn die Sozialdemokratie die nicht unbeträchtlichen Erhöhungen der indirekten Steuern nicht zu bedenken sich entschlossen habe, so sei es um so unverantwortlicher von der Deutschen Volkspartei, in diesem Augenblick vollständig zu versagen und sich auf den engen Parteistandpunkt zu stellen.

Zerhalten der S. D. am Opfer der Besitzenden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittags zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörenden Minister teilnahmen und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, doch herrschte übliche Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Young-Gesetze nicht durch innenpolitische Streitigkeiten verzögert werden dürfe und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden müsse, die sowohl die Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, in dem bisherigen Umfang gewährleisten als auch dem Gedanken eines Opfers der Besitzenden für die Sanierung der Finanzen Rechnung trage.

einer Steuerentlastung zur 1931 — hat der Reichsausschuss der Volkspartei gefaßt und steht damit im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie, die grundsätzlich eine Zuschußpflicht aus allgemeinen Reichsmitteln für die Arbeitslosenversicherung im Falle des Defizits, eventuell auch eine weitere Beitragserhöhung verlangt.

All dies hier nur flüchtig durch- und gegeneinander wird noch verschärft durch die Forderung des Zentrums, daß man zu einer Einigung kommen müsse, ehe die letzte Entscheidung über den „Neuen Plan“ im Reichstage fällt. Dieser Termin läßt sich aber kaum noch viel weiter hinausschieben, als dies bis jetzt schon geschehen ist. Ob und wie nun der gordische Knoten durchhauen, der Zankapfel so oder so beseitigt wird, ist im Augenblick ungewisser denn je. Denn wieder hat sich das Kabinett verdrängt, ohne endgültige Beschlüsse hierüber zu fassen.

Hellbach begründet seine Mandatsniederlegung

Berlin, 3. März. Der demokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellbach, der, wie gemeldet, sein Reichstagsmandat niedergelegt hat, begründet diesen Schritt in einem sehr ausführlichen Brief an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei. Der Brief enthält unter anderem die folgenden bemerkenswerten Ausführungen: „Die zunehmende Arbeitslosigkeit des Reichstages vereitelt alle noch so kurzfristigen, zeitlichen und sachlichen Dispo-

sitionen, wie sie für die Aufrechterhaltung eines noch so bescheidenen Maßes von Existenzsicherungen, zumal beim Wohnsitz an der Peripherie des Reiches, notwendig sind. Abgesehen von jeder Wochenpläne hat der Reichstag nach kurzem wieder umgestoßen. Mit größtem Nachdruck weise ich auch Ihnen gegenüber auf die außerordentliche staatspolitische Gefahr hin, die in dem Gebenlassen dieser Arbeitslosigkeit des Reichsparlamentes liegt.

Ausgeschlossen wurde aber für meinen heutigen Schritt der Fehlschlag jener Erwartungen, die ich in das positive Wirken im Reichstag gesetzt habe. Die großen Verfassungs- und politischen Reformaufgaben, von deren baldiger Lösung guten Teils die politische Zukunft des Reiches abhängen wird, sind in diesen verflochtenen 1 1/2 Jahren des neuen Reichstages weder von seiner Gesamtheit, noch von einer Regierung, noch von unserer Partei energisch vorangetrieben worden. Die Initiative in der Reichsreform liegt heute geradezu außerhalb des Reiches und der Reichsregierung bei einem überparteilichen Kreis von Männern des wirkenden Lebens, die ein vormaliger Kanzler um sich versammelt hat. Die parlamentarische Reform ist über Bagatelmaßnahmen dritter Größenordnung, wie die zeitweilige Beseitigung des Redepultes, nicht hinausgekommen. Gegen den stillen Widerstand, welchen vor allem die stärkste Partei des Reichstages und des Reichskabinetts einer gesunden Wahlreform entgegenstellt, ist niemals energisch angegangen worden.

Am schmerzlichsten aber hat unsere Partei sich der Wiedergeburt des Parteiwesens verjagt. Die Hauptvorstandsitzung vom 8. Februar des Jahres hat es unüberdeutlich kundgetan, daß unsere hauptverantwortlichen Parteinstellen jede schöpferische, überhaupt jede handhabende Beteiligung an dem Werden einer Hart-